Indien im UN-Sicherheitsrat

Engagiertes Mitglied mit starken nationalen Interessen

Christian Wagner

Indien ist in seiner Zeit als nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats seinen außenpolitischen Prämissen weitgehend treu geblieben und betonte die Prinzipien der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung. Im Bemühen um einen ständigen Sitz hat Indien 2011/2012 kaum Fortschritte erzielt. Neue Staatengruppen wie BRICS oder IBSA, zu denen auch Indien zählt, konnten sich nicht als neuer Machtfaktor in den UN etablieren.

Mit seiner Wahl zum nichtständigen Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Herbst 2010 nahm Indien 2011/2012 zum siebten Mal diese Position im wichtigsten sicherheitspolitischen Gremium der Weltgemeinschaft ein.[1] Alle indischen Regierungen haben seit der Unabhängigkeit im August 1947 den Großmachtanspruch ihres Landes aufgrund seiner Größe und seines zivilisatorischen Erbes proklamiert und deshalb wiederholt Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhoben. Indien war zwar 1945 ein Gründungsmitglied der UN, konnte jedoch zum damaligen Zeitpunkt als britische Kolonie kein ständiges Mitglied im Sicherheitsrat werden. Die indischen Großmachtambitionen wurden bereits vor der Unabhängigkeit vom späteren ersten Premierminister Jawaharlal Nehru formuliert. Ihm zufolge würden fünf Staaten das internationale System nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs prägen: Die Alliierten USA, Großbritannien und die Sowjetunion sowie China und Indien.[2] Im Jahr 1955 erhielt Indien von den USA und der Sowjetunion das Angebot für einen ständigen Sitz. Nehru lehnte dies jedoch ab und schlug vor, der Volksrepublik China diesen Sitz zu gewähren.[3]

Die erste indische Regierung setzte große Hoffnungen auf die neue internationale Organisation. So brachte Nehru im Dezember 1947 den Streit mit Pakistan über den Beitritt Kaschmirs, das im Oktober 1947 nach inneren Unruhen der Indischen Union beigetreten war, vor die UN. Das Vorhaben endete allerdings mit einem diplomatischen Fiasko. Anstatt die pakistanische Aggression in Kaschmir zu verurteilen, forderten die Resolutionen unter anderem ein Referendum über die endgültige Zugehörigkeit Kaschmirs, so dass der formale Beitritt des Königreichs zur Indischen Union in Frage stand.

Indien ist bis heute ein vehementer Fürsprecher der Vereinten Nationen. Innerhalb der Organisation hat sich Indien vor allem als Interessenvertreter und Sprecher der Entwicklungsländer profiliert. In den siebziger und achtziger Jahren forderte Indien eine ›Neue Weltwirtschaftsordnung‹ zugunsten der Entwicklungsländer. Gemessen an seinen im Vergleich zu Industriestaaten noch immer bescheidenen wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten nimmt Indien aus eigener Perspektive seine globale Verantwortung mehr als ausreichend wahr. Das Land gehört seit vielen Jahren mit zu den größten Truppenstellern für UN-Friedensmissionen. Es ist zudem vor allem im Bereich Abrüstung in zahlreichen UN-Gremien aktiv, unter anderem in der Abrüstungskommission und in der Abrüstungskonferenz, und unterstützt internationale Abkommen wie das B-Waffen-, das C-Waffen-Übereinkommen und das UN-Waffenübereinkommen.[4]

Trotz seines großen Engagements in den UN hatte Indien nur bedingt den Rückhalt der internationalen Gemeinschaft. So hat Indien bislang insgesamt 18 Mal für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat kandidiert, erhielt aber nur sieben Mal die notwendigen Mehrheiten.[5] Ein Grund dafür ist, dass Indien zum Beispiel im Unterschied zu afrikanischen Staaten nicht den Rückhalt einer Regionalorganisation bei den Wahlen zu dem Gremium hat.

Dr. habil. Christian Wagner, geb. 1958, ist Leiter der Forschungsgruppe Asien, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Außen- und Sicherheitspolitik in Südasien.

Indiens Verhältnis zum Sicherheitsrat

Indische Regierungen haben wiederholt den Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat geäußert.[6] Sie verweisen dabei auf die Errungenschaften der indischen Demokratie für Diversität und Pluralismus sowie auf die aktive Unterstützung der Vereinten Nationen seit 1945. Durch seine wirtschaftlichen Erfolge seit der Liberalisierung im Jahr 1991 sieht sich Indien heute auch als wichtigen Pfeiler der internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung.

1 Die früheren Amtszeiten waren: 1950/1951, 1967/1968, 1972/1973, 1977/1978, 1984/1985, 1991/1992, vgl. India to Be UNSC President Twice, The Hindu, 3.1.2011.

2 Vgl. Jawaharlal Nehru, The Discovery of India, Kalkutta 1946, S. 535.

3 Vgl. Emily Wax/Rama Lakshmi, Obama Supports Adding India as a Permanent Member of U.N. Security Council, The Washington Post, 8.11.2010.

4 Government of India, Ministry of External Affairs, Annual Report 2011–12, S. 106f; Gareth Price, For the Global Good, India's Developing International Role, Chatham House, London 2011, S. 17–20.

5 Vgl. Saurabh Mishra, India Amidst Increased Activity in the Security Council: A Few Observations, Strategic Analysis, 36. Jg., 2/2012, S. 199.

6 India Keen on Getting into UN Council, Dawn, 25.9.1997; India Urges UN Security Council Expansion, Press Trust of India, 2.10.2007.

Indien kritisiert, dass die gegenwärtige Zusammensetzung des Sicherheitsrats die internationalen Konstellationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nicht aber die Veränderungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts widerspiegle. Indien versteht deshalb seine ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat auch als einen Beitrag zur ›Demokratisierung‹ des mächtigsten UN-Gremiums.[7] Zudem rechtfertigt es seinen Anspruch durch seinen umfangreichen Beitrag zu den Friedensmissionen. Im Jahr 2011 war Indien drittgrößter Truppensteller und mit mehr als 8000 Soldaten an zehn UN-Friedensmissionen beteiligt. [8] Die internationale Verantwortung Indiens zeigte sich auch darin, dass das Land bis zum Jahr 2007 die meisten getöteten Blauhelme zu beklagen hatte.[9] Indien hat zwar die politische UN-Mission in Nepal von 2007 bis 2012 unterstützt, um den demokratischen Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg zu fördern, stand aber einem umfassenden UN-Engagement in dem Nachbarland aufgrund seiner eigenen sicherheitspolitischen Interessen eher skeptisch gegenüber.[10]

Indien versteht seine ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat auch als einen Beitrag zur ›Demokratisierung‹ des mächtigsten UN-Gremiums.

Bei Abstimmungen in den Vereinten Nationen war Indien immer bemüht, Teil der demokratischen Mehrheit zu sein. Bei Interessenkonflikten hat Delhi aber nie gegen Resolutionen gestimmt, sondern sich enthalten, um damit seine Vorbehalte kundzutun.[11]

Indiens Anspruch auf einen ständigen Sitz wird gegenwärtig von vier der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats unterstützt: von Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA.[12] Und selbst China, das traditionell als Rivale Indiens gilt, hat sich in der Vergangenheit schon einmal positiv zu Indiens Anliegen geäußert.[13]

Indiens Wahl in den Sicherheitsrat wurde sowohl von China als auch Pakistan unterstützt.

Das Land schloss sich im Jahr 2005 mit Brasilien, Deutschland und Japan in der so genannten G-4 zusammen, um eine Reform des Sicherheitsrats, unter anderem mit ständigen Sitzen für ihre Länder, zu erreichen. Allerdings blieb die Initiative bislang wirkungslos, so dass es zu keiner grundlegenden Reform kam.

Indiens Aktivitäten im Sicherheitsrat 2011/2012

Nach 20 Jahren Abwesenheit wurde Indien im Oktober 2010 mit großer Mehrheit (187 von 192 Stimmen) erneut in den Sicherheitsrat gewählt. Indien profitierte unter anderem davon, dass kein weiteres asiatisches Land kandidierte und dass es sowohl von China als auch von Pakistan unterstützt wurde, obwohl es mit beiden Staaten eine Reihe von Konflikten gibt.[14] Die indische Regierung folgte im Sicherheitsrat den gleichen Prinzipien wie in ihrer Außenpolitik. Im Vordergrund standen Gewaltverzicht, Achtung der nationalen Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Staaten, friedliche Konfliktbeilegung sowie die Ablehnung gewaltsamer Aneignungen fremder Gebiete.[15] Die starke indische Ablehnung gegenüber jeglicher Form von äußerer Einmischung in innere Angelegenheiten erklärt sich zum einen durch das jahrzehntelange Eintreten Indiens für die Entkolonisierung und zum anderen aus den eigenen Erfahrungen mit den Vereinten Nationen in der Kaschmir-Frage.

Zu den Schwerpunkten der indischen Amtszeit im Sicherheitsrat zählten der Kampf gegen den Terrorismus, die Friedensmissionen und die Reform des Sicherheitsrats.[16]

Terrorismus

So hatte es in den zwei Jahren den Vorsitz des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und der Arbeitsgruppe über zusätzliche Maßnahmen gegen den Terrorismus inne sowie im August 2011 und im November 2012 die Präsidentschaft des Rates.[17] Der Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedete unter der Leitung Indiens ein Ergebnisdokument, in dem die UN-Mitgliedstaaten dazu aufgerufen werden, eine Null-Toleranz-Politik gegenüber dem Terrorismus zu verfolgen, unter anderem indem sie Terroristen keine sicheren Zufluchtsorte gewähren und sie gerichtlich verfolgen.[18]

Friedensmissionen

Zahlreiche Blauhelm-Einsätze befinden sich in der Krise, da es den UN an militärischen, politischen und finanziellen Mitteln fehlt, um wie zum Beispiel in Darfur zu dauerhaften Lösungen zu kommen. Zudem erstrecken sich einige UN-Missionen wie in Haiti und in der Côte d'Ivoire aufgrund der schwierigen innenpolitischen Konstellationen über einen deutlich längeren Zeitraum als ursprünglich geplant, was zusätzliche Kosten verursacht. Allerdings boten die Vorschläge, die Indien während seiner ersten Ratspräsidentschaft gemacht hat, keine neuen Lösungsansätze für diese vielschichtigen Probleme.[19]

Reform des Sicherheitsrats

Die Frage nach der Reform des Sicherheitsrats und seiner möglichen Erweiterung durch neue Staaten machte 2011/2012 keine entscheidenden Fortschritte. China scheint mit der gegenwärtigen Zusammensetzung des Gremiums zufrieden zu sein, so dass eine grundlegende Reform nicht auf der Agenda steht.[20] Die gemeinsame Erklärung der G-4-Staaten zur Reform des Sicherheitsrats vom 26. Januar 2012 in der Generalversammlung[21] fand große Unterstützung, so dass Indien, Deutschland, Brasilien und Japan ihre Bemühungen fortsetzen werden.[22]

BRICS und IBSA

Unter den 15 Mitgliedern des Sicherheitsrats befanden sich 2011/2012 sowohl die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) als auch die IBSA (Indien, Brasilien, Südafrika), die in den Debatten über die Zukunft des internationalen Systems immer wieder als neue ›Blöcke‹, ›Gestaltungsmächte‹

oder ›Führungsmächte‹ gehandelt werden. Allerdings zeigten die genannten Staaten kein gemeinsames Abstimmungsverhalten bei den Resolutionen zu den internationalen Krisenherden, sondern folgten ihren jeweiligen außenpolitischen Interessen. So stimmte Südafrika am 17. März 2011 mit einer Reihe westlicher Staaten für eine Intervention in Libyen. Bei der Abstimmung über den Entwurf einer Syrien-Resolution am 4. Oktober 2011 enthielten sich die drei IBSA-Staaten gemeinsam der Stimme. Dies wurde von westlichen Kritikern als Argument gegen eine Erweiterung des Sicherheitsrats angesehen, da mehr ständige Mitglieder eher zu Stillstand und zu langsameren Entscheidungen führen würden.[23] Indien blieb seinen außenpolitischen Prinzipien treu und enthielt sich der Stimme.

›Arabischer Frühling‹

Der ›Arabische Frühling‹ und die Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens stellen für Indien eine besondere außenpolitische Herausforderung dar. Traditionell unterhält das Land gute Beziehungen zu den autoritären Regimen, die wirtschaftlich für Indien von größter Bedeutung ist. Gegenwärtig importiert Indien rund 70 Prozent seiner Energie aus der Region. Zugleich sind die Golf-Staaten einer der wichtigsten ausländischen Arbeitsmärkte sowohl für ungelernte als auch für gut ausgebildete Fachkräfte. Obwohl Indien als größte Demokratie gilt, ist Demokratieförderung oder eine Politik, die auf einen demokratischen Regimewechsel abhebt, bislang kein Instrument indischer Außenpolitik.[24] Angesichts der teilweise widerstreitenden politischen und wirtschaftlichen Interessen sowie den außenpolitischen Prinzipien der Nichteinmischung fällt es dem Land schwer, eine Politik gegenüber den demokratischen Veränderungen in der Region zu formulieren.

Der Bürgerkrieg in Libyen war für Indien eine politische und diplomatische Herausforderung. Beim Ausbruch der Kampfhandlungen hielten sich etwa 3000 indische Staatsbürger in Libyen auf, die im Verlauf der Krise mit Flugzeugen und Schiffen in Sicherheit gebracht wurden.[25] Indien unterstützte UN-Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime, wandte sich jedoch gegen breiter angelegte Sanktionen sowie gegen die Einrichtung einer Flugverbotszone.[26] Es enthielt sich schließlich zusammen mit Brasilien, China, Deutschland und Russland bei der Abstimmung über die Resolution 1973, mit der unter anderem eine Flugverbotszone eingerichtet wurde. In Bezug auf Syrien vertrat Indien eine ähnliche Haltung und wandte sich gegen alle Versuche, vor allem seitens westlicher Staaten, weitreichende Sanktionen gegen das Assad-Regime zu verhängen.[27]

Sonderfall Sri Lanka

Als weitaus bedeutsamer könnte sich Indiens Abstimmung im UN-Menschenrechtsrat zu Sri Lanka im März 2012 erweisen. Im Gegensatz zu bisherigen Voten stimmte Indien erstmals zusammen für eine von den USA eingebrachte Resolution, die die Kriegsverbrechen in der Endphase der Auseinandersetzungen zwischen der srilankischen Armee und den ›Liberation Tigers of Tamil Eelam‹ (LTTE) im Mai 2009 kritisierte. Ein Bericht der UN hatte sowohl den srilankischen Streitkräften als auch der LTTE schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Die srilankische Regierung wies den Bericht jedoch zurück

7 Security Council Does Not Reflect Realities of the World: Shivraj Patil, The Hindu, 2.7.2004; Demand for Security Council Membership Legitimate: Natwar, The Hindu, 4.3.2005.

8 Vgl. Government of India, a.a.O. (Anm. 4), S. 106f.

9 Vgl. Ramesh Thakur, India and the United Nations, The Hindu, 15.8.2007.

10 Vgl. Richard Gowan, Indian Power and the United Nations, World Politics Review, 15.11.2010; Price, a.a.O. (Anm. 4), S. 17–20.

11 Vgl. C. S. R. Murthy, India as a Non-permanent Member of the UN Security Council in 2011–12, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011, S. 3.

12 Vgl. Wax/Lakshmi, a.a.O. (Anm. 3).

13 China Confirms Backing India on U.N. Seat, The Hindu, 15.4.2005.

14 India in the Security Council, The Hindu, 13.10.2010.

15 Vgl. Murthy, UNSC, a.a.O. (Anm. 11); Chinmaya R. Gharekhan, When India Sits at the Horseshoe Table, The Hindu, 22.12.2010.

16 India to Pitch for Comprehensive Reform of UNSC, The Hindu, 23.9.2011.

17 Vgl. India to Be UNSC President Twice, The Hindu, 3.1.2011.

18 Outcome Document: www.un.org/en/sc/ctc/docs/2011/2011-09-28-specialmtg-outcome.pdf; vgl. auch Keerthi Sampath Kumar, India's Past Year at the UN Security Council, Institute for Defence Studies and Analyses, IDSA Comments, 7.2.2012, S. 2.

19 Vgl. Richard Gowan, Time to Get Serious about UN Peacekeeping's Problems, The Broad Mind, 25.8.2011.

20 Vgl. Ashley J. Tellis/Sean Mirski, Introduction, in: Ashley J. Tellis/Sean Mirski (eds.), Crux of Asia. China, India, and the Emerging Global Order, Washington 2013, S. 6.

21 Informal Plenary: Joint Statement by Brazil, Germany, India and Japan on Security Council Reform, 26.1.2012, www.new-york-un.diplo.de/Vertretung/newyorkvn/en/__pr/speeches-statements/2012/20120126-Wittig-on-Security-Council-Reform.html?archive=2984668

22 Vgl. Sampath Kumar, a.a.O. (Anm. 18), S. 2; vgl. Ministerial Meeting of the G4 Countries (Brazil, Germany, India and Japan), Joint Press Statement, New York, 25.9.2012, www.un.int/india/press%20release%202012/press06.pdf

23 Vgl. Richard Gowan, Missed Opportunities, Pragati. The Indian National Interest Review, 12.11.2011.

24 Vgl. Christian Wagner, Demokratieförderung und Außenpolitik in Indien, SWP-Studie 2009/S 21, Berlin 2009.

25 Vgl. Sandeep Dikshit, Plans Under Way to Ensure Indians' Safety in Libya, The Hindu, 22.2.2011.

26 Vgl. ders., India Opposed to ›No-Fly Zone,‹, Use of Force Against Libya, The Hindu, 3.3.2011; ders., Indian Team at UNSC Asked to Oppose Imposition of General Sanctions, The Hindu, 4.3.2011.

27 Vgl. Sampath Kumar, a.a.O. (Anm. 18), S. 1.

und war nicht bereit, mit internationalen Organisationen in dieser Frage zusammenzuarbeiten.

Nach dem militärischen Sieg der Regierung über die LTTE im Jahr 2009 ist aber bis heute eine politische Lösung des Konflikts für die tamilische Minderheit ausgeblieben. Die Regierungsparteien im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu sind einer der wichtigsten Partner der Koalitionsregierung in Neu-Delhi und brachten die Tamilen-Frage in Sri Lanka wieder auf die außenpolitische Agenda. Das indische Abstimmungsverhalten im Menschenrechtsrat ist deshalb von großer Bedeutung, weil Indien hier erstmals vom Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten abrückte.[28] Abzuwarten bleibt, ob die indische Außenpolitik zukünftig stärker auf humanitäre Belange eingehen wird, die auch in der Diskussion um die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) eine wichtige Rolle spielen.

Im Fall Sri Lanka wich Indien erstmals vom Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ab.

Ausblick: Indiens neue internationale Rolle

Indien zählt ohne Frage zu den Gewinnern der veränderten internationalen Konstellationen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die wirtschaftspolitische Liberalisierung, die Wachstumserfolge und eine wachsende Mittelschicht haben das Land zu einem wichtigen Markt und Dienstleister in der Weltwirtschaft gemacht. Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats haben mittlerweile bilaterale strategische Partnerschaften mit Indien vereinbart und unterstreichen damit die gestiegene Rolle Neu-Delhis, auch wenn ein ständiger Sitz Indiens im Sicherheitsrat weiterhin nicht in Aussicht steht. Die Einbeziehung Indiens in den Nichtverbreitungsvertrag durch das Abkommen mit den USA 2008 hat Indiens langjährige internationale Isolation in dieser Frage beendet. Die Erhöhung der Quoten Indiens in internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds 2010 trägt der gestiegenen weltwirtschaftlichen Rolle des Landes Rechnung. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch Indiens Interesse an einer stärkeren Institutionalisierung der G-20. Eine solche Aufwertung würde dem Land erstmals jenen internationalen Statusgewinn einbringen, der ihm so lange versagt blieb.

Abzuwarten bleibt, ob Indien sein bisheriges Engagement in den UN-Friedensmissionen langfristig aufrechterhalten wird.

Indien ist in seiner Amtszeit 2011/2012 seinen bisherigen außenpolitischen Prinzipien weitgehend treu geblieben. Die Betonung nationaler Souveränität und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten bleiben zentrale Pfeiler der indischen Außenpolitik. In diesen Fragen hat Indien auch eine Reihe von übereinstimmenden Interessen mit China.[29] Fragen der humanitären Intervention werden deshalb auch zukünftig nur sehr begrenzt die Unterstützung Indiens finden. Umso bemerkenswerter war das indische Abstimmungsverhalten im Menschenrechtsrat zu Sri Lanka, das aber aufgrund der innenpolitischen Konstellationen vermutlich keinen grundlegenden Wandel der indischen Politik in dieser Frage signalisiert.

Neue Staatenverbünde wie BRICS oder IBSA haben sich 2011/2012 nicht als neuer Machtfaktor in den UN etabliert. Die unterschiedlichen Interessenlagen haben zwar an einigen Stellen zur Zusammenarbeit geführt, doch fehlen bislang weitergehende außenpolitische Gemeinsamkeiten.[30] Deshalb verfolgten die daran beteiligten Staaten bei den Abstimmungen zu internationalen Krisenherden wie Libyen und Syrien keine einheitliche Politik.

Abzuwarten bleibt, ob Indien sein bisheriges Engagement in den UN-Friedensmissionen langfristig aufrechterhalten wird. Indien drängt zum einen auf eine Reform der Friedenssicherung und eine Überprüfung bisheriger Missionen. Es fordert deshalb die Beendigung der UN-Mission in Kaschmir. Dies führte im Januar 2013 zu einer hitzigen Debatte mit Pakistan, das sich für die Fortführung dieser Mission aussprach.[31] Zum anderen weisen indische Diplomaten darauf hin, dass das umfangreiche Blauhelm-Engagement langfristig nicht mit den eigenen militärischen Ambitionen zu vereinbaren sein wird.[32] Dahinter steht die Vorstellung, dass die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats sich nur sehr begrenzt mit Truppen in Krisenherden engagieren, sondern hierfür eher diplomatische und finanzielle Mittel einsetzen. In diese Richtung weist auch die indische Zusage, künftig mehr Mittel für die UN bereit zu stellen.[33] Indiens Wunsch nach einer neuen Rolle in den Vereinten Nationen, die sich dann eher über die politischen Initiativen und finanziellen Möglichkeiten als über die militärischen Kapazitäten definiert, wird bislang von den geringen personellen Ressourcen begrenzt. Der diplomatische Dienst umfasst lediglich 700 bis 800 Diplomaten, von denen sich rund die Hälfte im Außenministerium in Neu-Delhi befindet. Das ist keine ausreichende Zahl, um den Anforderungen einer zunehmend interdependenten Welt gerecht zu werden, die sich auch verstärkt im Kontext der UN bündeln.

28 Vgl. India votes for resolution against Sri Lanka, The Hindu, 23.3.2012.

29 Vgl. Ashley J. Tellis/Sean Mirski, Introduction, in: dies. (Eds.), Crux of Asia. China, India, and the Emerging Global Order, Washington 2013, S. 6–8.

30 Vgl. Ruchir Sharma, Broken BRICs, Foreign Affairs, 91. Jg., Nr. 6, November/Dezember 2012.

31 Vgl. Clash over UN Military Group in Kashmir, The Hindu, 22.1.2013.

32 Vgl. Gowan, Indian Power, a.a.O. (Anm. 10).

33 Vgl. India Pays More to U.N. Budget, The Hindu, 30.12.2012.